

Drohen Abstriche bei der Flüchtlingsarbeit?

Kürzungen im Sozialbereich: Fällt die Basis der Integrationsarbeit bald weg?



Sie warnen vor den Folgen möglicher Kürzungen bei der Beratung für Flüchtlinge: Fariha Ertem, Sinem Kilic (beide Awo), Ulrike Kilp (Diakonie), Dr. Christoph Humburg (Caritas), Micha Thom (Internationaler Bund) sowie Jessica Romano und Uwe Bemann (beide Caritas). Foto: Tim Oelbermann

Die Sozialverbände schlagen Alarm. Weil bei der Beratung für Zugewanderte gespart werden soll, befürchten sie, dass bei vielen Betroffenen die Integration in die Gesellschaft und den Arbeitsmarkt scheitert. Dies hätte nicht nur finanzielle Folgen.

Droht sozialer Sprengstoff, weil der Staat bei der Integration von Flüchtlingen am falschen Ende spart? Dies befürchten Vertreter der Solinger Sozialverbände. Sie kritisieren, dass die Bundesregierung bei den Zuschüssen für Beratungsangebote kürzen will. Dies hätte aus ihrer Sicht nicht nur gravierende Folgen für die Gesellschaft, sondern auch für die Finanzen des Staates.

In Gefahr sei die Migrationsberatung, erklärte der Direktor des Caritasverbandes Solingen/Wuppertal, Dr. Christoph Humburg. Nach Kürzungen des Bundes für 2024 seien auch für 2025 Abstriche nicht ausgeschlossen. Zugleich sind weitere Kostensteigerungen bei den Sozialverbänden wahrscheinlich, etwa nach Tarifabschlüssen.

Nachvollziehen kann Humburg die Kürzungen nicht. Denn die Migrationsberatung sei ein zentraler Bereich der Migrationsarbeit. Diese leiste wichtige Arbeit für neu Angekommene, berichten auch die bei der Arbeiterwohlfahrt (Awo) zuständige Fachbereichsleiterin, Fariha Ertem und Awo-Migrationsberaterin Sinem Kilic.

Beratung hilft beim Ankommen in Deutschland

Denn die Betroffenen seien völlig fremd in unserem Land. Sie bräuchten Unterstützung beim Umgang mit Behörden, mit offiziellen Unterlagen, bei der Wohnungssuche oder bei der Suche nach einem Kita-Platz.

Wenn diese Beratung wegfalle, hätte dies laut Ertem „fatale Folgen“ für das Ankommen der Zuwanderer in der Gesellschaft und für deren Integration in den Arbeitsmarkt. Die Migrationsberatung sei entscheidend mitverantwortlich dafür, dass die Zugewanderten an Hilfsangebote wie Integrations- und Sprachkurse vermittelt werden.

Viele Syrer sind in Lohn und Brot

Das Netzwerk, kombiniert aus Beratung und Hilfsangeboten, funktioniere. Dies zeigten die Zahlen, berichtet Caritas-Beraterin Jessica Romano. Ertem ergänzt: „60 Prozent der Zugewanderten aus Syrien sind mittlerweile in einem sozialversicherungspflichtigen Arbeitsverhältnis.“ Eine ähnliche Entwicklung sei bei anderen Zuwanderergruppen zu beobachten.

In der Beratung brauchen wir Profis.

Ulrike Kilp

Diakonie-Geschäftsführerin

Micha Thom, Betriebsstättenleiter beim Internationalen Bund (IB), spricht von einem „Erfolgsmodell“. Wichtig sei die Vernetzung von Beratung und Hilfen. Auch in der Beratung brauche es darum Profis, die die Hilfsangebote der verschiedenen Träger in der Stadt genau kennen, betont Diakonie-Geschäftsführerin Ulrike Kilp. Nur diese Profis könnten gezielt Hilfen anbieten oder vermitteln. Internetseiten mit Informationen reichen nach Kilps Einschätzung in den meisten Fällen nicht aus.

Uwe Bemann (Caritas) kennt aus seiner Praxis viele positive Beispiele. Dank der angebotenen Hilfen finden nach seinen Angaben viele Geflüchtete eine Ausbildung oder eine Arbeitsstelle und integrieren sich voll in die Gesellschaft. So tragen diese Angebote laut Romano dazu bei, dass der Staat weniger Sozialleistungen zahlen müsse.

Das System droht zusammenzubrechen

Thom warnt: Wenn immer weiter gekürzt werde, funktioniere dieses System irgendwann nicht mehr. Dass der Bund bei seinen Kürzungsplänen einen falschen Ansatz verfolge, zeigen nach seiner Meinung Zahlen zu den Integrationskursen.

Weil die Nachfrage so groß sei, habe der Bund die Mittel dafür 2024 um 175 Millionen Euro auf rund 1,2 Milliarden Euro aufgestockt. 2025 sollen diese aber auf 500 Millionen Euro mehr als halbiert werden.

Die Folgen der Kürzungen wären nach Meinung der Sozialverbände fatal: Viel mehr Zugewanderte als bisher würden sich nicht integrieren, fänden keinen Job und wären auf Sozialhilfen des Staates angewiesen. Humburg: „Dann haben wir ein ernstes Problem.“

Zahlen: Trotz Nachfrage weniger Angebote

Aktuell sind bei den vier zuständigen Sozialverbänden (Caritasverband, Awo, Diakonie, IB) rund 860 Menschen in Beratung, darunter 277 im Alter bis 27 Jahren. Für sie sind Berater mit 6,15 Vollzeitstellen zuständig.

Der Internationale Bund hat wegen knapper Mittel bereits angekündigt, seine Stellen 2025 von 3 auf 2,4 zu kürzen. Dies bedeutet: Es werden 50 Ratsuchende weniger Unterstützung und Begleitung erhalten.